

# Spangenberg Zeitung

Anzeiger für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

## Erscheint

wöchentlich 3 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittags für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementspreis pro Monat 1 G.-Mk. frei ins Haus, einschließlich der Beilage „Wort und Bild“.  
Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mk. Telegramm-Adresse: Zeitung. Fernsprecher 27.



## Anzeigen

werden die sechsgehaltene 8 mm hohe (Recht)-Zeile über deren Raum mit 10 Pfg. berechnet; anstands 15 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Platz. Retikolen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verbindlichkeit für Platz, Telefonat und Zustellung ausgeschlossen. Zahlungen an: No. 10460 Konto Frankfurt am Main Nr. 20/71.  
Annahmegerühr für Offerten und Auskunft beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer, Spangenberg. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 12

Donnerstag, den 28. Februar 1924

17. Jahrgang.



Im Verfall der Landwirtschaft jede ich eine der größten Gefahren für unseren staatlichen Verband  
Bismarck

## „Im Anfang war die Tat.“

In jeder Amtsstube der Wilhelmstraße sollte an der Wand in großen Lettern der Satz stehen, den der englische Premierminister Lloyd George auf der Londoner Konferenz am 3. März 1921 geprägt hat: „Für die Alliierten ist die deutsche Kriegsschuld grundlegend. Sie ist das Fundament, auf dem das Gebäude des Versailler Vertrages errichtet worden ist, und wenn dieses Anerkennung verweigert oder aufgegeben wird, ist der Vertrag hinfällig.“ Darunter müßten in nicht minder großen Buchstaben die Worte dem Beschauer in die Augen springen: „Dementipredigt ist die wichtigste Aufgabe der deutschen Staatskunst, die Lüge von der Allenschuld Deutschlands am Weltkriege zu zerstören.“

Solange der Versailler Vertrag in Kraft bleibt, kann Deutschland kein gesundes, ehrenvolles staatliches Dasein führen, hängen über unserem Lande und Europa dunkle Wolken kriegslicher Gefahren, drohen der Alten Welt der kulturelle Zusammenbruch und das soziale Chaos. Der sachliche Wirklichkeitsinn der Engländer läßt am ehesten erwarten, daß sie diese Zusammenhänge klar erkennen. Es kann daher nicht verwundern, daß in England ein Kreis politisch bedeutender Köpfe am Werke ist, um diese, auch für die Ruhe und für das friedliche Gedeihen Englands verderbliche Lüge aus der Welt zu schaffen. Wir sollten uns nur nicht einbilden, daß E. D. Morel und seine Mitarbeiter an der Zeitschrift „Foreign Affairs“ ihre wirksame, zähe Aufklärungsarbeit uns zu Liebe leisten. Selbst ein Mann von einem so starken Verstand für weltbürgerliches Empfinden, wie E. D. Morel ist in erster Linie Engländer und hat bei jedem Schritt, den er für ein anderes Volk, auch für das deutsche, unternimmt, das Heil seines Vaterlandes vor Augen.

Bei uns in Deutschland fehlt dem Kampfe gegen die Schuldfrage bisher das Einheitliche. Daher mangelt es an Stoßkraft und Fernwirkung. Es kommt noch hinzu, daß sich die Parteien der Frage bemächtigt haben, ob es ratsam richtig sei, von der deutschen Regierung aus den Kampf zu führen. Wie konnte es bei unserer Parteilichkeit anders sein! Auch dieses Zeitalter zehrt. Nun erfordert aber die Schuldfrage gerade heute eine vermehrte Aufmerksamkeit im Hinblick auf die Arbeiterregierung in England. Einer der Mitglieder des gegenwärtigen Londoner Kabinetts, der Minister für das Einziehungswesen Charles Trevelyan, warnte bei einer Begegnung in Holland kurz nach dem Friedensschluß vor jeder Hoffnung auf eine Pönderung des Versailler Vertrages, solange nicht die Labour Party aus Kader gekommen sei. Sehr mit Recht. Aber alles Verhandeln zwischen Ramsay MacDonald und Boncare, alle schönen Reden in Westminster bleiben verlorene Liebesmüh, wenn die öffentliche Meinung der Welt an der Überzeugung von der Allenschuld Deutschlands festhält. Frankreich könnte seine Raub- und Gewaltpolitik am Rhein und an der Ruhr trotz seiner schwarzen und farbigen Söldnerregimenter nicht wagen, lebte nicht bei den meisten und einflussreichsten Völkern der Erde noch der Glaube, daß das deutsche Volk für alles Kriegsgeld und für den Jammer der Friedenszeit die alleinige Verantwortung trüge. Das wissen auch die Franzosen nur zu gut. Infolgedessen ist Boncare auf keinem Gebiete so empfindlich, wie auf dem der Schuldfrage, und er läßt keine Gelegenheit vorübergehen, um der Welt immer aufs neue den Glaubenssatz von der deutschen Schuld einzuprägen.

In enger Verbindung mit der Kriegsschuldfrage steht die gleichfalls in Versailles erkommene Verleumdung Deutschlands wegen seiner angeblich unmenschlichen Kolonial-Ver-

waltung. Vor kurzer Zeit ist als Abwehr von dem ehemaligen Gouverneur Deutsch-Ostafrikas, Dr. Schnee, in den „Süddeutschen Monatsheften“ eine eindrucksvolle Betrachtung über die koloniale Schuldfrage erschienen. War schon die Sprengung des unwahren Eingekäuflusses unserer Schuld eine Tat niedriger menschlicher Gesinnung, so war die Wegnahme der deutschen Kolonien und die Begründung dieses Gewaltreiches ein geradezu widerwärtiges Gemisch von Scheinheiligkeit und Habgier. Man erinnere sich nur einmal, daß den Deutschen die moralischen Eigenschaften abgeprochen worden sind, über Eingeborene zu herrschen, daß dagegen die Belgier, welche die schimpflichen, bestialischen Kongo-Greuel auf dem Gewissen haben, der gleichen Aufgabe für würdig erachtet werden. Wie der jüngst verstorbenen Präsident Wilson seine schönen, erhabenen Grundsätze preisgab, wie Lloyd George gemeinsam mit Clemenceau beutegierig, listig und krabbellos den amerikanischen Präsidenten überdoppelten, wie sie durch das Mandat-System den Raub der deutschen Kolonien hinter geistreichen Phrasen und scheinbar idealen Bestrebungen verbergen, alles das schildert Dr. Schnee klar und meisterhaft, an der Hand einwandfreier Dokumente und geschichtlichen Wahrheiten. Von dem gleichen Verfasser ist unlängst ein Werk der Öffentlichkeit übergeben worden, „Weltpolitik vor, in und nach dem Kriege“, das aus tiefem geschichtlichen Erfassen die weltpolitischen Zusammenhänge des großen Krieges beleuchtet und die Tragik unseres nationalen Schicksals klärt und verdeutlicht. Nun neigen wir Deutschen stark dazu, für jede politische und für jede wirtschaftliche Aufgabe eine Organisation zu schaffen. Wäre es aber nicht einmal an der Zeit, umgekehrt zu verfahren? Erst die geeignete Persönlichkeit zu gewinnen und dann zu überlassen, wie sie sich ihr Arbeitsgebiet ordnet und gestaltet. Und wäre nicht ein Mann, wie Schnee, auch mit Rücksicht auf sein internationales Ansehen berufen, der Kampf gegen die Schuld- und Kolonialfrage zu leiten?

Wir können ja mit offenen Visier kämpfen, weil wir der Wahrheit zum Siege verhelfen wollen. Gile jedoch tut not. Auch angelehnt des Vortredens Ramsay MacDonalds, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen. Schon baut das französische Regierungsblatt „Le Temps“ vor. Schlaw genug will es unseren etwaigen Beitritt als ein neues Verfehltnis der Schuld am Kriege und als neue Anerkennung des Versailler Vertrages auslegen. Wegen dieses Versuch verlangen keine Worte, keine Verwahrungen. Solange der heutige führende englische Minister es bei Worten bewenden läßt, schreitet das europäische Unheil unaufhaltsam weiter. Retten können nur Taten. Eine solche wäre die Uebertragung des Mandats für Deutsch-Ostafrika von England auf Deutschland. England ist mit Kolonien überfüllt. Das härteste französische Argument gegen die englischen Verträge, Frankreich zu Opfern an seinen Rechten aus dem Versailler Vertrage zu bewegen, ist der Einwand, daß England selbst bislang nicht geneigt sei, irgend welche Opfer zu bringen. An diesen französischen Einwand ist psychologisch etwas Wahres. Das Verhalten von Smuts jüngsthin in der Behandlung der südwestafrikanischen deutschen Ansiedler sollte das Präliminum bilden zu der Rückgabe von Deutsch-Ostafrika an Deutschland. „Im Anfang war die Tat“.

## Politik

### Veröffentlichung des Steuerkurszettels.

Berlin, den 28. Febr. 1924.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht den kompletten Steuerkurszettel per 31. Dezember 1923, der neben sämtlichen an deutschen Börsen amtlich notierten Staatspapieren und anderen Effekten eine ausführliche Kursliste der nicht amtlich gehandelten Werte enthält und außerdem ausländische Werte, die nicht an deutschen Börsen gehandelt werden. Der Steuerkurszettel umfaßt 28 Seiten mit ca. 700 Wertpapieren. Er stellt die Bekanntmachung des Reichsfinanzministers über die Festsetzung von Steuerkursen und Steuerwerten für die Veranlagung zur Vermögenssteuer 1924 dar. Da die Höhe der Besteuerung der Wertpapiere vielfach den augenblicklich an den Börsen im Reich notierten Wert von Aktien überschreitet und außerdem über die

Frage der Zusammenlegung von Aktien noch keine Klarheit besteht, wird der Reichsrat die Steuerkurswerte, wie es in der Bekanntmachung heißt nach Ablauf eines Monats, vom Tage dieser Veröffentlichung an gerechnet, noch endgültig festlegen.

### Die Reichstagswahlen in den besetzten Gebieten.

Berlin, den 28. Febr. 1924.

In Berlin fanden gestern zwischen Vertretern der Rheinlande und den Parteiführern über die Frage der Reichstagswahlen in den besetzten Gebieten Besprechungen statt. Auf dieser Zusammenkunft wurde der von Seiten mehrerer Abgeordneten gemachte Vorschlag, auch in diesem Jahr von einer Wahl in den besetzten Gebieten abzusehen und die Mandate der rheinischen Abgeordneten zu verlängern, abgelehnt.

### Erst Nennung des Ruhrgebietes. — Dana Anleihe.

London, den 28. Febr. 1924.

Die Blätter nehmen eingehend Stellung zu Meldungen, nach denen englisches Privatkapital Deutschland angeliehlich eine Anleihe von 250 Millionen Pfund Sterling gewähren wolle. Allgemein kommt zum Ausdruck, daß der englische Geldmarkt keine derartig hohe Summe aufbringen könne, solange Deutschlands Verpflichtungen nicht festgesetzt seien. Der „Observer“ meint, eine solche Anleihe an Deutschland komme einem neuem Darlehen Englands an Frankreich gleich. Die „Westminster Gazette“ erklärt, die von Deutschland zu gebenden brauchbaren Garantien beständen lediglich im Ruhrgebiet. Aus diesem Grunde müsse die Ruhr geräumt und ebenso die Zollschranken aufgehoben werden. Ferner müsse Deutschland ein Moratorium für die Verzinsungen und die Sachleistungen erhalten. Erst wenn diese Vorbedingungen geschaffen seien, könne man über die Anleihe von 250 Millionen Pfund sprechen.

### Beginn der Reichslandbundtagung.

Breslau, den 28. Febr. 1924.

In Breslau wurde gestern der Reichslandbundtag eröffnet. Die eigentliche Vertreterversammlung findet erst heute im Zirkus Platz statt. Gestern tagten der Steuerauschuß des Landbundes sowie der engere Vorstand und der Gesamtvorstand in nicht öffentlicher Sitzung.

## Der Hitler-Prozess in München.

Der Hitler-Prozess hat am Dienstag Vormittag begonnen! — Wieder einmal blüht die Welt auf München. Unsere Feinde lauern auf Vorgänge, die sie zu neuen Beschuldigungen und Verleumdungen Deutschlands verwenden können. Für jeden Deutschen und besonders der deutsche Presse aber handelt es sich nicht um Sensationen, sondern um eine ebenso ernste wie traurige Angelegenheit. Das fänden auch die getroffenen Sicherheitsvorkehrungen; der in der Blumenburgstraße gelegene Gebäudekomplex der früheren Kriegsschule und dann der nach dem Hitler-Rutsch nach Berlin verlegten Infanterieschule ist für Abhörungen sehr geeignet, die in einem abgegrenzten Umkreis von der Landespolizei mit Hilfe von „Spanischen Reitern“ durchgeführt wurden. Niemand kann ohne Ausweis die Abhörung passieren. Die Kontrolle wiederholt sich am Portal des Hauptgebäudes sowie beim Eintritt ins Gebäude, wo auch die Untersuchung auf Waffen erfolgt, endlich beim Betreten des Sitzungsraumes selbst. Die damit betrauten Landespolizisten und Reichswehrsoldaten bewahren dabei tadellose Höflichkeit.

### Der Sitzungsraum.

Die Hauptzierde des Sitzungsraumes bildet eine reichkassettierte Holzdecke. Vor der Tafel für den Gerichtshof sind für jeden Angeklagten und seinen oder seine Verteidiger kleine Tische aufgestellt. Es folgen Plätze für Regierungs- und hohe Justizbeamte, darunter auch für Vertreter des Reiches und des Reichsjustizamtes, Abgeordnete usw., sowie mehrere Reihen für die Zeugen, die den Saal noch nicht betreten dürfen. Daran schließen

vom 6. November im Generalkaats-Kommissariat, war der Sinn der Ausführung Kahrs, daß er entschlossen sei, die schwarz-weiß-rote Frage von Bayern aus ins Rollen zu bringen.

Oberst Seisser, habe sich noch kurz über Grenzschulfragen im Norden Bayerns geäußert. Er, der Angeklagte, habe Hitler noch am gleichen Tage gesagt, daß bei dieser Vorgespräch-Kahr zum ersten Male in größerem Kreise seine vollkommene Übereinstimmung mit den Zielen Hitlers zum Ausdruck gebracht habe. (Hier sei bemerkt, daß Dr. Weber auch behauptet, Kahr habe Böhmer als geeigneten Diktator für Thüringen bezeichnet.) Bezüglich der Vorgänge am 8. November im „Bürgerbräu-Keller“, bestätigt der Angeklagte die Aussage Hitlers, daß Kahr, Löffow und Seisser ursprünglich ans Telefon gebeten werden sollten. Als er in das Nebenzimmer kam, stand Kahr am Fenster, Löffow lehnte an einem Stuhle und rauchte seine Zigarette, Seisser stand neben der Türe. Es waren nur Hitler und seine ständigen Begleiter dort. Solange er im Zimmer war, sah er draußen nur zwei Posten mit geschultertem Gewehr auf- und abgehen. Als Ludendorff Löffow um seine Mitwirkung ersuchte, hatte dieser die beiden Hände auf den Säbel gefaßt und erklärte:

„Der Wunsch von Eurer Exzellenz ist mir Befehl“. Eine ähnliche Erklärung gab auch Seisser ab. Nach seiner festen Überzeugung, sei die Zustimmung Seissers und Löffows vollkommen ehrlich und rückhaltlos gewesen. Bezüglich der weiteren Vorgänge, sagte Weber auf Befragen des Vorsitzenden aus: Ein Offizier habe ihnen in der Nacht zwischen 1 und 2 Uhr Gerüchte über die veränderte Stellung Kohrs, Löffows und Seissers zugezogen. Ludendorff habe sich aber das verbeten und erklärt: Ein solcher Offizier breche sein Wort nicht. Er sei fest überzeugt, daß wenn Kahr und die beiden anderen Herren ihr Wort nicht gebrochen hätten, der Plan zum endgültigen Ziele geführt hätte.

Zum Schluß stellten die Verteidiger und der Staatsanwalt eine Reihe von Fragen. Auf eine solche erwiderte Weber, es sei ihm bereits im Oktober bekannt gewesen, daß Löffow von Berlin verjüngte Personaländerungen abgelehnt habe. Wir mußten uns alledem dem Eindruck gewinnen, daß die Weimarer Verfassung für Bayern überhaupt nicht mehr besahe. In den Besprechungen mit Seisser war wiederholt davon die Rede, daß sich die staatlichen Machtmittel, also Reichswehr und Landespolizei im Norden, nicht gegen einen Bayernmarsch stellen würden, wenn er unter schwarz-weiß-roter Fahne und unter der Signatur einer neuen Reichsregierung mit Ludendorff an der Spitze durchgeführt werde, daß aber mit einem Zusammenstoß gerechnet werden konnte, wenn es sich um eine rein bayerische Aktion, eines in diesem Falle meuternden Generals, handeln würde. Hitler habe Weber auf der nächsten Fahrt zur Pionierskaserne erzählt, die erste Frage Löffows, als er in das Nebenzimmer geführt war, hätte gelautet: „Ist die Bewegung auch in Norddeutschland ausgebrochen, und wie verhält sich Ludendorff dazu?“

Nach der Vernehmung wurde die Vormittagsitzung geschlossen.

### Die Vernehmung Doehners.

Vor Eintritt in die Nachmittags-Verhandlung ersuchte Staatsanwalt Dr. Ehrhardt den als Zuhörer anwesenden General Pischowitz, den Verhandlungsraum zu verlassen, da er im späteren Verlauf als Zeuge in Betracht komme. Der Vorsitzende machte sodann die Feststellung, daß das Gericht vorbereitet sei, er habe gern am Schluß der Ausführungen Hitlers die Bemerkung gemacht: „Hitler, ich bedaure, daß ich Sie nicht vorher kennengelernt habe“. In diesem Gericht sei kein wahres Wort.

Sodann wurde in die Vernehmung des Angeklagten, Oberlandesgerichtsrats Doehner,

des früheren Münchner Polizeipräsidenten und Busenfreund Kahrs, eingetreten. Er gab ein ausführliches Bild seiner grundsätzlichen politischen Einstellung als ehemaliger königlicher Offizier und Richter. Er habe schon vor Kriegsende die Zeichen des beginnenden Verfalls hinter der Front beobachtet und gesehen, wie fremde Elemente systematisch die Revolution von 1918 vorbereiteten. „Mit Empörung habe ich gesehen, wie sehr viele, zum Teil hohe Beamte und Offiziere, mit akrobatischer Geschwindigkeit einen Gesinnungswechsel vorgenommen haben. Es war für mich empörend, zu sehen, wie hohe Generalsstabs-offiziere in München, Würzburg und anderwärts davon-gelassen sind. Meine Einstellung blieb stets die gleiche. Ich habe daraus nie ein Hehl gemacht. Als ich freiwillig die Leitung des Strafgeschäfts Stadelheim übernahm, war meine erste Tat, den roten Feind von dem dortigen Gebäude herabzuholen. Kahr lernte ich als Polizeipräsident, wo er mein Vorgesetzter war, kennen und hochschätzen, denn

er war der gleichen Meinung wie ich über das Novemberverbrechen.

Ich verstand mich deshalb sehr gut mit ihm und habe in sehr hoch geschätzt, weil er eine klare Linie einhielt. Als Polizeipräsident berief ich auf den wichtigsten Posten, der Leitung der politischen Abteilung, den Oberamtmann Dr. Fried, weil ich aus seinem Verhalten während der Revolution klar erkannt hatte, daß auch er von seiner Überzeugung kein Hehl machte. Ich habe nie einer politischen Partei angehört und bin nicht zur Wahl gegangen. Die Färbung mit Kahr habe ich aufrechterhalten, wenn die Beziehungen auch etwas fremder geworden sind, und schließlich ganz aufhörten. Als er zum Generalkaatskommissar ernannt worden war

und mir die Anregung gebracht wurde, ich möchte wieder mit ihm zusammenarbeiten, habe ich mich dagegen ab-lehnend verhalten, da ich Zweifel hegte, ob Kahr in schwierigen Situationen diejenige Entschlußkraft auf-bringe, die notwendig sein könnte. Warum ich trotz-dem am 30. September mit ihm zusammenkam, wir in dem

**Wunsch des Kapitänsleutnants Ehrhardt** begründet der am Tage vorher bei mir zu Besuch war. Bei dieser Gelegenheit sagte Ehrhardt, es wird jetzt doch ernst mit dem Vormarsch gegen Berlin und ich möchte mich zu dem Zwecke mit Herrn Kahr wieder in Berüh-mung setzen. Es sei in (Ehrhardt) mehr daran gelegen, wenn er mit seinen Formationen in Nordbayern Auf-stellung nehme und die Gewissheit habe, daß das Gebiet in einer Hand sei, die die Gewähr der Sicherheit gegen Sabotageakte usw. biete. Es war damals an dem Nach-mittag auch Dr. Fried bei mir zu Gast und beide redeten mit Kapitänsleutnant Kauter auf mich ein. Ich habe mich der Vorstellung nicht verschließen können, daß es im Interesse der vaterländischen Sache besser sei, wenn ich mit Herrn von Kahr zusammenarbeite. Ich sollte mir eine Vollmacht als Staatskommissar für Nordbayern von Kahr erwirken und erklärte mich dazu bereit. Auf An-frage ließ mir Kahr mitteilen, daß er mich am nächsten Tage 1/29 Uhr in seinem Bureau erwarte. Ich habe mich gleichzeitig an Oberstleutnant Kriebel gewandt, mit dem ich zuerst über militärische Notwendigkeiten und Möglichkeiten ins Reine kommen wollte, damit ich Herrn von Kahr genauere Vorschläge machen konnte.

(Die Verhandlung dauert fort.)

## Aus der Heimat

**Spangenberg**, den 26. Februar 1924.  
§ Unterhaltungsabend der Sanitätskolonne. Zu unserem Artikel betr. Abendunterhaltung der Sanitätskolonne ist nach-zutragen, daß die Veranstaltung im Saale des Gasthofes Heinz stattfindet. Auch im Anserat war dieser Hinweis von dem Ein-lebender vorgelesen worden. Wie uns mitgeteilt wird, ist die Nach-frage nach Eintrittskarten für 1. und 2. Platz schon sehr rege, jedoch mit einem ausverkauften Hause zu rechnen ist. Die Dar-bietungen müssen 7 einhalb Uhr beginnen. Bei Beginn werden die Türen geschlossen.

§ Steuerhebetermine im März 1924. Das Finanzamt teilt uns folgendes mit:

Erhoben werden: 1. Die 1. Rate Einkommen-steuer 1924, der zu vierteljährlichen Zahlungen Verpflich-ten, fällig 29. Febr. 1924.  
2. Die 1. Rate Vermögensteuer, fällig 29. 2. 24.  
3. Außerdem werden auch Vorauszahlungen auf die 11 monatliche zur monatlichen Zahlung Verpflichteten für Februar 1924 angesetzt, fällig 10. März 1924.  
Verzugszuschläge entstehen bei den vorgenannten Zahlungen an den Hebetermine nicht. Bei Zahlungen auf die Einkommen- und Vermögensteuer ist das Schreiben des Finanzamtes vom Febr. 1924 vorzulegen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß überabgabte Landabgabe (5. u. 6. Rate) gesetzlich nur auf die Vermögensteuer 1924 angerechnet wird, nicht etwa auf Einkommen-Vorauszahl-ungen. Letztere sind in voller Höhe zu zahlen.

Es wird unbedingt erwartet, daß die Steuerpflichtigen von der ihnen anliegenden Ban gegebenen Zahlungs-möglichkeit an den betreffenden Hebetagen Gebrauch machen, da naturgemäß durch die große Abgabe vom Personal zu diesen Hebetermine auf eine schnelle Abfertigung bei der Finanzkasse, welche gleichzeitig noch Hebestellen der Stadt Neulungen und weiterer 20 Gemeinden ist, nicht gerechnet werden kann. Steuerpflichtige, die aus irgendwelchen Gründen an den für sie bestimmten Hebestellen und Hebe-tagen nicht zahlen können, zahlen deshalb am besten per Postcheckzahlkarte, wobei als Tag der Zahlung der Auf-gabekempel der Postankalt gilt. Sie sind also in der Lage, auch per Zahlkarte rechtzeitig zu zahlen, erfordern sie sich weiten Weg und langes Warten bei der Finanzkasse. Schecks werden bei den Hebetermine nicht in Zahlung genommen, ebenfalls nicht solches Notgeld, welches aufge-rufen ist.

### Hebeplan

Hebeort	Tag d. Hebung	Zeit	Gemeinde f. welche gehoben wird.
Heinebach	5. 3. 24	Bo m Nachm.	Heinebach E mne ed
Neumorschen	6. 3. 24	Vorm.	Neumorschen Wische
"	6. 3. 24	Nachm.	Bineföth Einbach Selna
Altmorschen	7. 3. 24	Vorm.	Altmorschen
Malsfeld	7. 3. 24	Nachm.	Malsfeld Dagobertshäulen
Spangenberg	5. 3. 24	Bo m Nachm.	Spangenberg
"	6. 3. 24	Vorm.	Landsfeld M gebach
"	6. 3. 24	Nachm.	Stberdorf Berghelm
Bischofferode	7. 3. 24	Vorm.	Bischofferode 4 Hesse
"	7. 3. 24	Nachm.	Wortecode Weidelbach

Fechenheim. In den Castellamerken fingen bei Kesselar-beiten die Kleider des Schmieders Kref aus Frankfurt a. M. plötzlich Feuer. Kref erlitt am ganzen Körper schreckliche Brandwunden, an denen er gestorben ist.

Position zu fassen, er habe nur erklärt, daß er Kumpf führe, bedeutete ihm der Staatsanwalt, daß das gar nicht lächerlich finde. Sodann folgte das Verhör des Tierarztes Dr. Weber. Schweigerholm des bekannten Verlegers Dr. Lehmann, der als Vorsitzender des Bundes „Oberland“ bei den Vorbereitungen des Putzuges und bei diesem eine wichtige Rolle gespielt hat, und wenn auch eine wichtige Rolle bedeutend, so doch einen sehr ge-wissenhaften Einwand macht. Während Hitler seine, nicht im Vortrag freie, aber sicher bis in die kleinste wohlüberlegte 31/2stündige Rede ohne Unterbrechung halten konnte gestaltete sich die Vernehmung nach dem er die Ziele seines Bundes erläutert hat, sehr bestimmt. Dabei lauteten seine Aussagen noch weit belastender, als die Anschuldigungen und ohne persönliche Ausfälle vorgebracht zu werden, auch stärker wirkten. Freilich darf man hier nicht allen Angeklagten, nicht vergessen, daß sie eben nur Angeklagten kommen, aber immerhin kann man, wenn man dies nicht schon vorher gewußt hat, ohne sich Eingeweihten in ein schwebendes gerichtliches Ver-fahren auszusprechen, sagen, alles kann ja nicht aus dem Vorhergesagten hervorgeht sein.

Von größter Bedeutung ist die, wie der Vorsitzende ausdiesicht, grundlegende Besprechung, die am 6. November im Generalkaatskommissariat stattfand. Dort wurde Kahr erklärt haben, daß zur Lösung der deutschen Frage die normalen Wege erschöpft seien, man müsse mit allen Mitteln die normalen Wege beschreiten.

Die Vorbereitungen würden getroffen, er aber werde das Signal geben. Löffow habe als Landeskommandant der Grenzschutz befunden, jeden Staatsverstoß im schwarz-weiß-roten Sinne mitzumachen, der 51 Prozent Wahr-scheinlichkeit für sich habe. Es herrschte völlige Übereinstimmung mit den Zielen Hitlers. Bezüglich der Besprechung im Nebenzimmer des Bürgerbräu-Kellers ver-nahm Weber, Hitler habe gar keinen Revolver in der Hand gehabt und es sei keinerlei Zwang ausgeübt wor-den, da er a. fährt er unter Heiterkeit an, er habe Seisser eine Zigarette angeboten, Löffow habe ihn gefragt, ob er nicht auch für ihn eine habe. Das Wort „Komödie“ wendet Weber, die Herren nicht zuzugreifen haben. Löffow spreche ich es auch, daß Kahr solange mit sich selbst habe, da er dem König sein Wort gegeben. Von der Wichtigkeit war hinsichtlich des Zusammenstoßes der nationalsozialistischen die völlig neue Mitteilung des Ange-klagten über den ersten Anlaß zu dem Blutbad. Ein Oberleutnant der Landespolizei habe einem Mann den Revolver entziehen und ihn einem der Fahnenträger die Brust gestößt. Dieser habe den Karabiner bei-schlagen, und dadurch sei der erste Schuß gefallen. Die gereizte Auseinandersetzung mit der Vernehmung führte die Frage des zweiten Staatsanwaltes, ob Weber niemals davon gehört habe, daß Ludendorff auch in norddeutschen Reichswehrtreffen nur einen Kommandoboden besitze, eine Frage, welche der Angeklagte seine Leidenschaftlichkeit bekannte Rechtsan-walt als Beledigung eines jeden deutschen Offiziers betrachtete, worauf Beifallsstundgebungen im Publikum folgten. Der Vorsitzende verbat sich diese, da man nicht im Theater sei und rigide die Äußerungen Kohls. Der Staatsanwalt aber meinte kühl, es würden Zeugen für seine Behauptung auftreten.

### Die Vernehmung Dr. Webers.

In der Mittagsverhandlung erklärte der Angeklagte Dr. Weber bei seiner Vernehmung, das letzte Endziel des Bundes „Oberland“ war, den Versailles Vertrag unter allen Umständen zu brechen und die Fesseln zu zerbrechen, ferner die Mitarbeit an der Schaffung eines großen deutschen Vaterlandes. Innenpolitisch soll-te eine Festigung des nationalen Deutschland herbeige-führt werden. In Hitler glaubte der Bund den Mann gefunden zu haben, der allein es möglich machen konnte, die nationalsozialistischen Kreise in einer Hand zu vereinigen. Es kam es zum Zusammenstoß zwischen „Oberland“ und den nationalsozialistischen Sturmtruppen. Bei der Vernehmung seiner

### ersten Berührung mit Ludendorff.

Dr. Weber: Es war für uns selbstverständlich, daß wir die Besprechungen stets den größten Wert auf die Teil-nahme Ludendorffs legten. In Besprechungen mit Kahr und Kahr haben sich die beiden Herren zu un-terstützen stets zustimmend geäußert. Es stand für uns fest, daß die Befreiung Deutschlands von Bayern aus die Wege geleitet werden mußte. In einem Kampf mit dem Norden oder mit Weichwehrtformationen des Reiches Deutschlands war es unserer Überzeugung nach nicht gekommen. Wir haben auch nie daran geglaubt, die Reichswehrtuppen gegen uns schleifen würden. Nie-mals war an die Möglichkeit eines bewaffneten Wech-sels gedacht. Unserer Meinung nach konnte es höch-stens zu kleineren Widerständen sozialistisch-kommunistischer Art in Sachsen und Thüringen kommen. Am 1. Oktober hatte Hitler auf die Frage Seissers, ob er die Landespolizei und Reichswehr etwas unternehmen solle, geantwortet: Niemals. Als am 1. November die gemeinsame Klarheit zwischen beiden bestand, erklärte er, er fahre nach Berlin, um die Stimmung zu er-forschen und mit Secht Färbung zu nehmen, und dann die endgültigen Entschlüsse zu fassen. Er sagte ihm noch: „Handeln Sie rasch, wenn Sie nicht der Niederlage nicht zum Handeln kommen, muß die Vorbereitung entsprechend vorbereiten. Bei der Besprechung

# Aus aller Welt

**Ein Gasthaus, in dem Dr. Martin Luther gewohnt hat.** In dem Städtchen Wittenberg steht noch heute ein altertümlicher Bau, das Gasthaus „Zum Niesen“, wahrscheinlich das älteste Gasthaus ganz Deutschlands. So weit die Chronik des alten mitteldeutschen Städtchens Wittenberg Anstunft zu geben vermag, ist dieses Gasthaus schon in der Mitte des 12. Jahrhunderts erbaut worden und diente mehrfach in damaliger Zeit dem Kaiser Friedrich I. als Unterkunft. Dann war der Gasthof, der für damalige Zeiten sehr geräumig war und sehr geräumige Ausspannküche besaß, etwas in den Schatten gekommen, blühte dafür aber in der letzten Hälfte des 15. und in der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts wieder auf, denn gerade während der Zeiten der Reformation diente er wiederholt allen Größen damaliger Zeit als Absteigequartier. Längere Zeit hat auch Dr. Luther in diesem Gasthof gewohnt. Weiter weist die Chronik nichts Näheres über diesen Aufenthalt zu berichten. Dafür erzählt sie aber, daß neben Martin Luther noch König Wolf von Schweden, Wallenstein, Tilly, Piccolomini, Graf Pappenheim und Prinz Eugen, der e die Ritter, in dem Gasthaus Wohnung genommen hatten. Sie alle haben auf ihren Reisen das Städtchen Wittenberg berührt, das an der Landstraße lag und bei allen großen Reisen berührt werden mußte. In neuer Zeit hatte auch Generalfeldmarschal von Moltke, der Sieger von Rezh, hier Wohnung genommen, und auch heute noch werden die Räume, die einst von den Großen der Geschichte benutzt wurden, für hochgestellte Reisende bereit gehalten. Die Stadt Wittenberg plant jetzt, das Gasthaus anzukaufen. Jedenfalls versucht sie alles, um es im Urzustande zu erhalten.

**General Butlers Kreuzzug gegen den Alkohol in Amerika.** In Amerika tritt im Kampfe gegen den Alkohol immer mehr General Butler in den Vordergrund, ein Mann, der mit rastloser Energie und fast fanatischem Eifer einen richtigen Kreuzzug gegen den Alkohol organisiert. In Philadelphia, der Stadt seines Wirkens, hat er in den letzten drei Wochen nicht weniger als achttausend Verhaftungen wegen Uebertretung des Alkoholgeetzes erwirkt. Tausende von Ethern Alkohol sind beschlagnahmt worden. Fünfzig Spielhöhlen wurden entdeckt und geschloffen, ebenso hundertfünfzig öffentliche Häuser, die ebenfalls die Alkoholverbottungen zu umgehen wußten. Nach diesem Erfolg hat man auch in anderen Städten der Vereinigten Staaten die Absicht, sich den tüchtigen General auszuborgen. Von Spaßvögeln wird übrigens erzählt, daß die Polizei mit ihren energischen Maßnahmen gerade das Gegenteil des beabsichtigten Zweckes erreiche. Augenblicklich soll es nämlich in den Staaten mehr Betrunkene als vordem geben. Allerdings handelt es sich dabei nicht um Menschen, sondern um Fische. Wie aus New-York gemeldet wird, sollen sich bei Fischen, die in den Gewässern des Niagara gefangen wurden, deutliche Spuren von schweren Alkoholvergiftungen gezeigt haben. Man fand dann schließlich, daß der Niagara vollständig von Alkohol durchseucht ist. Und man kam dahinter, das Tausende von beschlagnahmten Ethern Whisky in den Fluß geschüttet wurden. Da die allgemeine Besoffenheit der Niagara-Fische, die sich mit tierischer Gier auf dieses köstliche Gift gestürzt und ihre Trunksucht größtenteils mit dem frühen Tod gebüßt haben.

**Schulkinder als Auswanderer.** Eine Anzahl englischer Gemeindeschulen Jungen haben dieser Tage England verlassen, um nach Neuseeland auszuwandern und dort Farmer zu werden. Das ist nur der Anfang einer großzügigen Auswanderaktion englischer Schulkinder,

nach einem Abkommen, das von den Dominien einer Vereinigung ehemaliger Schulkinder, die in Neuseeland sind, unterzeichnet wurde. Nach diesem Abkommen sollen in regelmäßigen Abständen englische Auswanderer nach Neuseeland geschickt werden, um dort zu geschulten Ackerbauern ausgebildet zu werden. Bei ihrer Ankunft in Neuseeland werden die Knaben von einem Vertreter der Regierung empfangen, der darauf sehen wird, daß jeder einen besonders geeigneten Farmer zur Erziehung überweisen wird. Während der Lehrzeit erhalten die Jungen fünfzehn Schilling pro Woche. Wenn sie die Zeit abgedient haben, können sie entweder Farmer werden, oder sie können sich auch um ein Stück benanntes Frontland bewerben, um ihre eigene Farm zu gründen.

**Unerschaltete Kasse.** Ein 34-jähriger Inder, Ram Lal-Lomba, der in London ein Handelsgeschäft betrieb, hatte sich vor dem Gericht zu verantworten, weil er eine junge Mädchen, „angegriffen“ habe. Das eine der Mädchen, Miss Boyce, sagte aus, Lomba sei ihr gewesen und er habe sie, als sie einmal mit ihm in Birmo Lombas vor sprach, um sich als Stenotypistin zu bewerben, habe man ihr eine Schreibmaschine gegeben, damit sie ihre Geschäftigkeit beweisen könnte. Sie sagte aber, daß es eine gänzlich unbrauchbare Maschine war und als sie dies Lomba sagen wollte, habe er sie einfach geküßt. Darauf habe sie sofort das Büro verlassen. Die beiden anderen Mädchen machten ähnliche Angaben, Lomba leugnete alles. Der Richter erklärte aber, es sei bei einem Versuch, auf ehrlichem Wege ihren Unterhalt zu verdienen, auf solche Art und Weise unterteilt würden. Der Urteilspruch lautete auf sechs Monate Gefängnis.

## Prima Ferkel

zu verkaufen.  
**Kettler, Halbersdorf**

### Aufgebot

Der praktische Tierarzt Dr. med. vet. Kurt Fensterl und dessen Ehefrau Johanna geb. Richter in Seinebad, haben das Aufgebot des

### verloren gegangenen Hypothekenbriefs

vom 7. März 1914 über die im Grundbuch von Seinebad Band 18 Blatt 559 in Abt. III Nr. 2 für den **Milchhändler Hermann Rost** in Plauen i. Vogtlande eingetragene Darlehensforderung von **10.000.- Mk.**, verzinshlich mit 5 v. H. vom 1. April 1914 ab, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den

**4. Juni 1924, vormittags 9 Uhr**

vor dem Unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebots-terminen seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftlosklärung der Urkunde erfolgen wird.

Spangenberg, den 21. Februar 1924

### Das Amtsgericht

### 15jähriges Bestehen der Spangenberg Sanitätskolonne

Am Sonntag, den 2. März 1924 im Heinz'schen Saale

### musikalisch-theatralische Abend-Unterhaltung

mit reichhaltigem Programm ernstem und heiterem Inhalts

I. Platz nummeriert 1,50 ; II. Platz 1.- III. Platz 0,50

Kasseneröffnung 7 Uhr Beginn pünktl. 8 Uhr

Vorverkauf der Eintrittskarten von Wittmoach ab in den Buchhandlungen von Bösch und Siebert

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Die Kolonne

J. A. Jakob Schmidt, Kolonnenführer.

### Empfehle

Weißkraut, Rotkraut Karotten, Schwarzwurzeln Sellerie und Meerrettich

**Georg Pasche, Gärtner**



### Die Original Alfa-Separatoren

holen den letzten erfassbaren Fettrest aus der Magermilch heraus. Die Bauart ist denkbar einfach die Reinigung der Trommel leicht wie ein Spiel.

Alle diese und andere Vorteile bietet nur der

### Original Alfa-Laval-Separator

Lieferbar in allen Größen durch die Alfa-Vertretung:

**J. H. Herbold.**

Suche für sofort oder 1. März ein tüchtiges nicht zu junges

### Dienstmädchen

für Haus und Küche, eben daselbst findet ein Kochlehrmädchen Gelegenheit die Küche zu erlernen.

**Saus Ohle**  
Wesungen



Freitag Abend 9 Uhr Vollversammlung.

Erscheinen aller Brüder erforderlich.

Der Großmeister

**D. H. V.**  
Freitag 8 Uhr Versammlung bei Pal. Siebert.

**Drucksachen**  
aller Art, liefert schnellstens Buchdruckerei S. Munzer.

## Amtlicher Teil

### Frankenhäuskoostenversicherung.

Hingewiesen wird auf eine neugegründete Wohlfahrts-einrichtung, die „Salus“-Frankenhäuskoostenversicherungsgesellschaft, die im vorigen Jahre gegründet worden ist von denjenigen Volksteilen, welche nicht der Zwangsversicherung unterstehen, gegen eine gering bemessene Jahresprämie im Falle der Notwendigkeit einer Krankenhäusaufnahme die Anstaltsbehandlung zu sichern.

Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin C 19, Mohrstraße 29/30, in den Räumen der städtischen Deputation für das Gesundheitswesen, von wo die Satzungen und sonstigen Unterlagen für Abschlüsse von Versicherungsverträgen gegebenenfalls zu beziehen sind.

Da diese satzungsgemäß auf dem Grundzuge der Gemeinnützigkeit aufgebaute Einrichtung in Krankheitsfällen eine angelegentlich der schärferen Vollage der Beamten zu unerschöpfender Hilfe bietet, wird ihre Inanspruchnahme empfohlen.

Spangenberg, den 15. Februar 1924  
Der Bürgermeister,  
Schier.

### Wert der Sachbezüge

bei der angestellten- und Invalidenversicherung ab 1. 3. 24

- a) Für jugendliche Versicherte bis zum 17. Lebensjahre Lehrlinge, Lehrmädchen auf . . . 0,90 G.-Mk. täglich
- b) Für alle übrigen Versicherten
  - 1) männliche auf . . . . . 1,10
  - 2) weibliche auf . . . . . 1,00

Hiervon entfallen!

Auf freie Wohnung ohne Naturalbezüge 1 Fünftel  
Auf das erste und zweite Frühstück . . . . .  
Auf das Mittagessen . . . . .  
Auf das Abendbrot . . . . .

Melungen, den 21. Februar 1924.  
Der Vorsitzende des Versicherungsamtes.

### Kanalisation der Altstadt, Klosterstraße und Rathausstraße.

Der Entwurf der Ortsplanung zur Regelung des Hausanschlüsse hat eine Abänderung erfahren. Der neue Entwurf liegt vom 29. 2. - 13. 3. 24 auf dem Bürgermeisteramt zu jedermanns Einsicht aus und wird darüber zur öffentlichen Kenntnis in der Stadtgemeinde gebracht. Jedem Bürger steht es frei, innerhalb 2 Wochen, vom 1. 3. 24 ab gerechnet, Einwendungen bei dem Magistrat zu erheben.

Spangenberg, den 25. Februar 1924.  
Der Magistrat,  
Schier.

### Forderungen an Kreiswirtschaftsstelle.

Nachdem die Kreiswirtschaftsstelle aufgelöst ist, erlaube ich zwecks Abrechnung etwaige Forderungen an sie bis zum 1. März d. J. bei mir geltend zu machen.

Spätere Forderungen können nicht mehr berücksichtigt werden.  
Melungen, den 21. Februar 1924.

Der Vorsitzende des Kreis Ausschusses,  
Sarazin.